

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 312-2019
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.385

Eingereicht am: 10.12.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Partnerschaftlicher Dialog des Berner Gemeinderats?

Im November 2018 haben sich offenbar die Exekutiven von Stadt und Kanton Bern getroffen und unter anderem über die Erkennbarkeit des Sicherheitsdienstes der Reitschule gesprochen. Ein entsprechender Vorschlag ging gemäss Medienberichten an die Stadtberner Regierung zur Prüfung. Acht Monate später, im August 2019, schrieb der kantonale Polizeidirektor der Stadtregierung, weil bis dahin keine Antwort der Stadtregierung erfolgt war. Weitere drei Monate später, im November 2019, hat sich nun – wiederum gemäss Medienberichten – der Gesamtregierungsrat an den Berner Gemeinderat gewandt und in einem Brief u. a. festgehalten: «Der Regierungsrat ist verwundert über die in seiner Wahrnehmung passive Haltung des Gemeinderats in diesem wichtigen Dossier» (BZ vom 23. November 2019). Der Stadtpräsident gab gegenüber den Medien vor über einem Jahr auf Anfrage an, man werde sich nicht via Medien, sondern «im Rahmen des partnerschaftlichen Dialogs direkt mit dem Regierungsrat darüber austauschen». Bei dieser Sachlage interessiert, ob es inzwischen endlich zu einem solchen Austausch gekommen ist und – wenn nein – wie der Regierungsrat die diesfalls offenkundig fehlende Gesprächsbereitschaft des Stadtberner Gemeinderats bewertet.

Generell scheint in der Stadt Bern eine Zunahme der Gewaltbereitschaft zu bestehen: In der Nacht auf den 24. November 2019 musste die Polizei wegen der Besetzung eines Gebäudes an der Laupenstrasse ausrücken. Sechs Polizisten wurden verletzt. Die Polizei musste sogar mit dem Einsatz der Schusswaffe drohen (BZ vom 25. November 2019). Auch in diesem Zusammenhang interessiert, welche Möglichkeiten zur Verbesserung der strategischen Verantwortung im Polizeiwesen bestünden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Trifft es zu, dass bis heute (10. Dezember 2019) eine Stellungnahme des Gemeinderats der Stadt Bern weder zum Brief des Polizeidirektors vom August 2019 noch zum Brief des Gesamtregierungsrates vom November 2019 vorliegt?
2. Hat der Gemeinderat der Stadt Bern in anderer Form – bspw. im Rahmen laufender Gespräche («partnerschaftlicher Dialog») – zu den Briefen des Polizeidirektors bzw. des Gesamtregierungsrates Stellung genommen?
3. War es so, dass sich Vertreter des Gemeinderats mit Organen der Kantonspolizei in Verbindung gesetzt haben, diese das Besprochene jedoch auftragswidrig allenfalls nicht an den Regierungsrat weitergeleitet haben? Wenn ja, wie wäre ein solch offenkundig nicht stufengerechtes Kommunikationsverhalten einer Gemeindeexekutive politisch zu bewerten?
4. Welche politischen und/oder rechtlichen Konsequenzen zieht der Regierungsrat, wenn der Gemeinderat der Stadt Bern weiterhin das Gespräch mit dem Regierungsrat in Sachen Reitschule verweigert?
5. Welche strategischen Optionen wären für die Stadt Bern aus Sicht des Regierungsrates generell zu prüfen, damit sich Vorfälle wie derjenige in der Nacht auf den 24. November 2019 nicht wiederholen bzw. ohne verletzte Polizisten geklärt werden können?

Verteiler

- Grosser Rat